

# Rieser Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Druckerei:  
Tageblatt-Rieser  
Herausg. Nr. 20.  
Postfach Nr. 12.

Das Rieser Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großhain, des Amtsgerichts und des Amtsgerichts beim Amtsgericht Rieser, des Rates der Stadt Rieser, des Finanzamts Rieser und des Hauptzollamts Riesa behördlicherseits bestimmte Blatt.

Verkaufsstelle:  
Rieser 1522.  
Verkaufspreis:  
Rieser Nr. 52.

Nr. 297.

Donnerstag, 22. Dezember 1927, abends.

80. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7,30 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 7 Mark 25 Pfennig; durch Post oder durch Seiten. Für den Fall des Unterbruchs von Produktionsstörungen, Erhöhungen der Abnahme und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung von. Kasse für die Nummer des Ausgabestages bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen: eine Woche für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 80 mm breite, 8 mm hohe Grundschrift-Beilage (6 Seiten) 25 Gold-Pfennige; die 80 mm breite Beilage 100 Gold-Pfennige; getrennter und tabellarischer Satz 50, Aufsätze, feste Tarife. Bewilligter Rabatt erzielt, wenn der Betrag verhältnißmäßig durch die Abnahme der Druckerei, der Verlegerin oder der Verlegerin der Druckerei — hat der Verleger keinen Anspruch auf Befreiung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Retentionsdruck und Verlag: Rieger & Winterlich, Riesa. Verlagsstelle: Riesa. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa. Für Anzeigen: Wilhelm Dietrich, Riesa.

## Gegen Sazonow.

Seit Schluß des Weltkrieges haben sich zahlreiche Staatsmänner und auch Diplomaten zum Wort gemeldet, um ihre Politik während der kritischen Zeit zu rechtfertigen. Zumeist sind es nicht sehr glückliche Selbstvertheidigungen, die auf eine Belastung der Gegenseite hinauslaufen. Aber die Geschichte ist unerbittlich und fleißig sind ihre Diener, die historischen Forscher, die die Wahrheit zu erglänzen suchen.

Es sei daran erinnert, daß der ehemalige Außenminister des Kaiserreichs, Sazonow, vor einigen Monaten unter dem Titel „Sechszehn Jahre“ seine Memoiren veröffentlicht hat, die gleichzeitig in mehreren Sprachen in die Welt hinausgingen. Daß sie nicht unumstritten bleiben würden, war selbstverständlich. Sie dienten gar zu viele Angriffs-punkte. Friedrich Ertze und Graf Max Montgelas, beide bekannt durch zahlreiche Veröffentlichungen über die Kriegsschuldfrage, haben gemeinsam ein Werk herausgegeben, in dem der erste der Vorgesichte des Weltkrieges und der letzte der ersten der Verbündeten behandelt und das sich gegen Sazonows Verbündeten richtet. („Ruhland und der Weltkrieg.“ Verlag für Kulturpolitik, Berlin.) Graf Montgelas ist der Ansicht, daß „unter den vielen Anklagen, die gegen Deutschland über den Kriegsausbruch diejenige Sazonows am wenigsten der Kritik standhält.“ Friedrich Ertze weist auf die Verlässlichkeit hin, mit der Sazonow an allen Resultaten der Kriegsforschung vorbeizugehen mag. „Daß seit 1919 — schreibt er — eine unaufhörlich wachsende Zahl von Akten über die Vorgeschichte des Weltkrieges an den Tag gekommen ist, von diplomatischen Schriftstücken, die uns die wahren Zusammenhänge längst darlegen haben, das weiß Sazonow nicht oder er will es nicht wissen. Für ihn existieren aus der reichen Literatur zur Entstehung der Katastrophe nur die Handbücher von 1914 und die deutschen Dokumente zum Kriegsausbruch — letztere in einer für ihn bequemen Auswahl. Alles andere hat er souverän beiseite geschoben und ignoriert. Die Enthüllungen aus russischen Archiven, die Aktenpublikation des deutschen Auswärtigen Amtes, die englischen Urkunden, soweit sie erschienen sind — all das findet keine Berücksichtigung in seiner Darstellung.“

Ganz ähnlich wie schon andere Memoirenschreiber über ihre Aufzeichnungen aus der Zeit des weltumwälzenden Konfliktes sucht auch der russische Außenminister den Charakter seines Buches zu erklären. Er wolle nicht, sagt er, eine folgerichtige und vollständige Darstellung des Ganges der geschichtlichen Ereignisse, deren Zeuge oder Teilnehmer er gewesen ist, geben, sondern nur seine persönliche Darstellung dieser Ereignisse auf der Basis der ihm zur Verfügung stehenden Informationen. Wenn er glaubt, mit solchen Worten Rücksicht zu nehmen, Irrtümer und beachtliche Fälschungen verhehlen oder gar entschuldigen zu können, so rechnet er nicht mit der Gründlichkeit deutscher Geschichtsforschung.

Es kann im Rahmen dieser kurzen Würdigung des Buches von Ertze und Montgelas nicht auf Einzelheiten eingegangen werden. Wir wollen nur ein paar für Sazonows Schreibweise besonders charakteristische Punkte herausgreifen. Er bezeichnet die Haltung Österreich-Ungarns in der sogenannten „balkanischen Krise“ als einen diplomatischen Versuch, den Deutschland mit dem ganzen Gewicht seines internationalen Einflusses stütze. Ertze bewies in seiner eingehenden Darstellung der politisch-diplomatischen Verhandlungen aus dem Jahre 1908, daß die deutsche Regierung von den Abmachungen in Buchlau erst 10 Tage nachher erfahren hat und daß Österreich bis zum letzten Augenblick im Dunkel gelassen worden ist, insbesondere über die Einzelheiten der Annexion von Bosnien und der Herzegovina. — Die Potsdamer „Entrevue“, über die so unendlich viel geredet wurde, stellt Sazonow als ein großes Entgegenkommen Russlands gegenüber Berlin dar, einschließlich der aber nachträglich als bedeutungslos. Man kann es, mit Graf Montgelas, nur als „ein Ueberbleibsel der Kriegsschuldfrage“ bezeichnen, wenn Sazonow behauptet, die deutschen Staatsmänner hätten die Verhüllung einer deutschen Herrschaft über den Kontinent und mehr noch die Gründung eines phantastischen Reiches angestrebt, das sich von den Ufern des Rheins bis an die Mündung des Ganges und Tigris erstrecken sollte.

Zum Schluß sei noch auf die interessante Tatsache hingewiesen: In seinen Erinnerungen berichtet Sazonow, Kaiser Wilhelm habe ihn in Baltischport (Mat 1912) überzeugen wollen, daß es die Aufgabe Russlands wäre, die Schaffung einer militärischen Macht Chinas in die Hand zu nehmen, um Japan in Asien entgegenzutreten zu können. Sazonow entgegnete, daß eine solche Aktion die Aufmerksamkeit des Kaiserreichs unvermeidlich von der politischen Lage an den westlichen Grenzen ablenken würde, die für Russland als eine europäische Macht eine ungeheure Bedeutung habe. (Das muß als ein Eingeständnis aufgefaßt werden, daß man in Petersburg schon damals mit einem Konflikt der europäischen Mächte in nächster Zeit rechnete.) Nach Petersburg zurückgekehrt, erzählte der russische Außenminister dem japanischen Botschafter von dieser Unterredung mit dem deutschen Kaiser. Sofort telegraphisierte Graf Montgelas an seine Regierung in Tokio, und kurz nachher wurde Graf Montgelas zum japanischen Außenminister ernannt. Sazonow schreibt: „Ich würde mich nicht wundern, wenn die unterzeichneten Worte Wilhelms II. bei der politischen Entwicklung der Mächte im Augenblick der deutschen Kriegserklärung an Russland und Frankreich einigen Einfluß auf den Entschluß der japanischen Regierung ausgeübt hätten.“

„Nach dem für das Kaiserreich unglücklichen russisch-japanischen Kriege hatte, wie Sazonow also ganz offen zugibt,

## Hilfsmaßnahmen für Ostpreußen.

Das Ergebnis des Kabinettsrats.

Berlin. Der gemeinsame Sitzung des Reichskabinetts und des preussischen Staatsministeriums unter dem Vorsitz des Reichspräsidenten von Hindenburg, die am Mittwoch spätnachmittags begann, ging ein preussischer Ministerpräsident voraus, der sich aber nur mit laufenden Angelegenheiten beschäftigte.

Dann begaben sich die preussischen Minister in die Reichskanzlei zur Vorberatung mit dem Reichskanzler. In den Beratungen der Reichsregierung und der preussischen Staatsregierung dürfte, wie das Nachrichtenbüro des Reichs, ein deutscher Zeitungsverleger, weiter erzählt, entgegen stehenden Dispositionen nur die Frage erörtert werden, wie dem ostpreussischen Grenzlande abgeholfen werden kann. Ostpreußen leidet bekanntlich nicht nur unter der anhaltenden Grenzschließung des Berliner Vertrages, insbesondere also durch den polnischen Korridor, der die Ostmark vom Mutterlande abtrennt, sondern weitestgehend auch unter den fortgesetzten polnischen Verwüstungen, unter Ausnutzung der dortigen Notlage seinen Fuß im ostpreussischen Wirtschaftlichen, namentlich durch Bodenverwüstungen, zu lassen. Die vom Reich und Preußen gemeinsam zu unternehmenden Hilfsmaßnahmen werden neben Steuererleichterungen und einer Zinsverbilligungssaktion namentlich auf die Schaffung einer ostpreussischen Wirtschaft sowie die Aufgabe von Waldarbeiten hinzielen. Dadurch werden 50 bis 60 Millionen aus dem Reichschatz bereitgestellt. Die Aktion soll künftighin in die Tat umgesetzt werden.

Wie dem „Vollkammer“, dessen Erörterung auch vorgesehen war, wird sich diese Konferenz noch nicht beschäftigen. Preußen wird bei Gelegenheit diese Sache wieder aufnehmen und versuchen, den Spruch des Staatsgerichtshofs zur Durchsetzung zu bringen, der dem Lande Preußen das Recht bekennt, den Verwaltungsratsposten bei der Reichsbahn von sich aus zu befreien, den die Reichsregierung dem ehemaligen Reichskanzler Dr. Luther zur Verfügung gestellt hat. Preußen wollte die große nationale Aktion ausführen seiner geliebten Ostprovinz in ihrer Einseitigkeit nicht durch die gleichzeitige Belastung über einen Streitgegenstand mit dem Reich beinträchtigen. Es ist allerdings nicht möglich, juristisch in diesem Falle gegen das

Reich vorzugehen, das in den Staatsgerichtshof jetzt eingeleitet hat. In dieser Art könnte man nur wegen fiktiver Streitigkeiten operieren. Im „Vollkammer“ ist man auf eine schließlich erreichbare Verständigung angewiesen.

Berlin. Wie wir in Ergänzung der Mitteilung über den großen Kabinettsrat, der sich mit der Ostpreußenhilfe beschäftigt, erfahren, entspricht die in der Presse genannte Summe von 50 Millionen, die ausschließlich für diesen Zweck zur Verfügung gestellt werden sollen, nicht den Tatsachen. Ein fester Betrag läßt sich überhaupt noch nicht angeben. Das ergibt sich schon aus der Tatsache, daß die Hilfsmaßnahmen zweierlei Art sind. Neben den einmaligen Beihilfen, die nach einer gewissen Zeit irgendwie zum Abschluß kommen würden, stehen die Unterhaltungen, die dauernd und laufend bewahrt werden, wie zum Beispiel gewisse Erleichterungen auf dem Gebiet der Steuern. Schon aus dieser zweiten Art der Hilfsmaßnahmen ergibt sich die Unmöglichkeit, bereits jetzt feste Beträge zu nennen. Ministerialdirektor Dammann, den das Reichskabinettsrat bereits vor längerer Zeit mit der Vorbereitung der Ostpreußenhilfe beauftragt hat, wird die notwendigen Verhandlungen mit der ostpreussischen Wirtschaft so bald wie möglich aufnehmen. Ein Teil dieser Besprechungen ist allerdings bereits eingeleitet, so daß auch dadurch die Ausfüllung für eine bestimmte Unterhaltung gefördert wird. Daß man sich in Kreisen der Reichsregierung und der preussischen Ministerien über die besondere Notlage Ostpreußens vollkommen klar ist, geht auch aus dem Verlauf der Mitteilung über den Kabinettsrat hervor, in dem auf die durch die Friedensverträge geschaffenen Bedingungen verwiesen wird. Damit ist nicht nur der Berliner Vertrag gemeint, vielmehr wird damit auch auf die Verträge zwischen den Randstaaten und die Verträge der Randstaaten mit Polen und mit Russland hingewiesen, die zwischen Ostpreußen und Russland ein vollkommen neues Wirtschaftsgebiet erschaffen haben, das die Lage der ostpreussischen Wirtschaft weiter erschweren. Unter diesen Umständen wird auf die Unterhaltung der bedrängten Provinz naturgemäß vermehrtes Gewicht gelegt.

## Antwort Baldwins auf den „Friedensbrief“.

London. Die Antwort des Premierministers Baldwin auf den „Friedensbrief“, den ihm das Parlament am 1. Dezember überreicht hatte, ist veröffentlicht worden.

Der Brief ist, wie feierlich berichtet, von 128 770 Personen unterzeichnet worden, die sich verpflichteten, eine Resolution, die zur Gewaltanwendung durch Waffen greift, nicht zu unterstützen und den Kriegsdienst zu verweigern.

In Baldwins Antwort heißt es, wenn in England diese Haltung allgemein oder auch nur in erheblichem Maße befolgt werden würde, dann würde das unvermeidliche Ergebnis der Zusammenbruch des Völkerbundes sein. Baldwin erinnert an die Verpflichtung Englands unter Art. 10 der Völkerbundcharta und an die Locarno-Verträge, die ebenfalls in ganz erheblichem Maße von der Gewissheit abhängen, daß im Falle eines nicht herausgeforderten Angriffs die Machtmittel Großbritanniens gegen den Angreifer in die Waagschale geworfen werden würden. Er fährt dann fort: „Der Völkerbund kann nicht gestärkt werden durch die Schwächung des britischen Reichs. Wir haben bereits unsere Kräfte erheblich unter das Vorkriegsniveau gebracht und dessen durch gemeinsamen Zusammenarbeiten und durch Vereinbarungen mit anderen Mächten das noch weiter zu tun. Ein Angriffskrieg ist abgesehen davon, daß er ein Verleumdungskrieg verleiht, es ist ganz anders. Ich kann nicht glauben, daß der Gedanke des Friedens dadurch gedient wird, daß England zur Machtlosigkeit verurteilt wird und daß es im Notfall unfähig männlichen und weiblichen Volksgenossen ablehnen werden, ihren Anteil an der Verteidigung der Freiheit der Welt zu tragen.“

## Die „Feuerland“ in Vigo.

Batum. (Telunion.) Kapitän Wladimir hat mit seiner „Feuerland“ (Vigo (Spanien) angefahren. Damit ist der gefährliche Wolf von Biscaya überwunden.

## Der Kampf um das revidierte Gebetbuch.

Birkenheads Rücktritt gefordert.

London. (Telunion.) Die „Westminster Gazette“ beschäftigt sich in einem Beiratsartikel mit dem gestrigen außerordentlich scharf gehaltenen Brief Lord Birkenheads an die „Times“, in dem gegen den Innenminister wegen der Ablehnung des revidierten Gebetbuchs Stellung genommen wird. Das Blatt ist der Ansicht, daß der Ministerpräsident eine solche Attacke gegen zwei Kabinettsmitglieder und das Unterhaus nicht dulden könne und verlangt den Rücktritt Lord Birkenheads.

## Wichtige Reichsrats-Beiträge.

Berlin. Der Reichsrat erklärte sich in seiner letzten öffentlichen Sitzung vor den Weihnachtsferien mit der Verlängerung des Winterurlaubes und des Reichs-Winterurlaubes bis zum 15. Februar 1928 einverstanden. Auch die Beschlüsse des Reichsrats betreffend Erhebung der Lohnsteuer billigte der Reichsrat, nahm aber eine Resolution an, wonach sich der Reichsrat gegenüber den Reichstagsbeschlüssen für die künftige Gestaltung der Lohnsteuer volle Freiheit vorbehält. Genehmigt wurde die Verordnung, wonach vom 1. Februar 1928 ab eine Kontrolle der Arbeitszeit in den Bäckereien und Konditoreien stattfinden soll. Die Geltungsdauer der Bestimmungen über öffentliche Postarbeiten vom 30. April 1925 wurde bis zum 31. März nächsten Jahres verlängert. Genehmigt wurden Verordnungen über Arbeitsbedingungen der Produktentwürfe zu Breslau und Berlin für den Handel in Getreide und Mehl. Der Reichsrat genehmigte schließlich die neue Kasse für 1928 und erklärte sich mit einer Abänderung der Prüfungsordnung für Ärzte vom 5. Juli 1924 dahin einverstanden, daß ein Teil der ärztlichen Vorprüfung nachgewiesenen medizinischen Studiengängen mindestens ein halbes Jahr der Prüfung dem medizinischen Studium an Universitäten des deutschen Reichs obliegen soll.

Nächste Sitzung am 12. Januar.

## Barter Gilbert in New York.

New York. (Telunion.) Der Reparationsagent Barter Gilbert ist in New York eingetroffen. Obwohl der private Charakter der Amerika-Reise Barter Gilberts hier wiederholt betont wird, rechnet man doch mit einem Besuch des Reparationsagenten bei Präsident Coolidge, Schatzsekretär Kellogg und anderen maßgebenden Persönlichkeiten, wobei auch die aktuellen Fragen zur Besprechung gelangen dürften.

New York. Barter Gilbert, der gestern mit dem Dampfer „Lobaton“ hier eingetroffen ist, hat Vertretern gegenüber jede Aussage über politische und wirtschaftliche Probleme Deutschlands verweigert, wobei er auf seinen letzten Bericht verwies.